

Die Welt braucht Frieden

Unter dieses Motto stellten wir unsere Mahn- und Gedenkveranstaltung zum **Antikriegstag 2023**.

Der 1. September ist der Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen 1939 und damit der Beginn des 2. Weltkrieges. Die Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief.

Mit Beginn der 60er Jahre fanden dann auch in Dortmund Veranstaltungen statt. Die Tradition ist bis heute mit wenigen Unterbrechungen aufrechterhalten worden. 2007 zogen Neonazis und „braune Kameradschaften“ durch Dortmunds Straßen und skandierten ihren „nationalen Antikriegstag.“ Das war für uns auch der Anlass, an der Gedenkstätte Steinwache zum Antikriegstag aufzurufen. Eugen Drewermann war damals unser erster Hauptredner.

Wir, das sind seitdem die Veranstalter DGB Dortmund-Hellweg in Kooperation mit der Gedenkstätte Steinwache, dem Förderverein, der Auslandsgesellschaft, dem Jugendring sowie Slado e.V., unterstützt durch den „Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus“.

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2023

Die Welt braucht Frieden!

Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Das ist die zentrale Lehre, die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben. Das ist der Grund, weshalb wir uns mit all unserer gewerkschaftlichen Kraft für Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung, für die Achtung der Menschenrechte und für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen. Wir leben in einer Zeit, in der dieses Engagement besonders gefordert ist. In unserer Nachbarschaft tobt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir fordern die russische Regierung auf, ihn durch den Rückzug ihrer Truppen zu beenden und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen. Das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung steht für uns außer Frage. Wir warnen aber eindringlich vor dem Irrglauben, immer mehr Waffen für die Ukraine würden zu einem schnelleren Ende des Krieges führen. Und wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln stärker auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren: Haben Sie den Mut, mehr Diplomatie zu wagen! Was uns eint, ist die Überzeugung, dass dauerhafter Frieden und eine stabile internationale Friedensordnung nur möglich sind, wenn sich die Stärke des Rechts durchsetzt – und nicht das Recht des Stärkeren. Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen! Das sehen wir überall da, wo Kriege und Bürgerkriege toben – ob in Syrien, im Iran, im Jemen, im Sudan oder in Äthiopien. Militärische Konflikte und der Einsatz bewaffneter Gewalt bringen Tod, großes Leid und führen zu Flucht und Vertreibung. Unsere Solidarität gilt den Menschen auf der Flucht, egal auf welchem Kontinent. Wir verurteilen alle Regierungen, die Krieg, Unterdrückung, Gewalt und Folter als Mittel der Politik und Instrumente zur Sicherung ihrer Macht einsetzen!

Die Waffen müssen endlich schweigen – überall! Gerade in Zeiten, in denen die geopolitischen Spannungen zwischen Weltregionen zunehmen, ein Rückfall in das Denken in Machtblöcken die Oberhand zu gewinnen droht und ein neuer nuklearer Rüstungswettlauf begonnen hat. Die Zahl unmittelbar einsatzfähiger Nuklearsprengköpfe steigt immer weiter. Gleichzeitig nehmen die Ausgaben für atomare Aufrüstung aberwitzige Ausmaße an und lagen allein im letzten Jahr bei rund 77 Mrd. Euro. Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden. Die jüngste Häufung weltweiter Extremwetterereignisse führt uns drastisch vor Augen, dass die Bekämpfung des Klimawandels keinen Aufschub duldet. Der dafür erforderliche Umbau unserer Wirtschaft und seine sozial gerechte Gestaltung werden nur

*gelingen, wenn dafür ausreichend öffentliche Mittel bereitstehen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, von einer – wie es die NATO fordert – weiteren Aufstockung des Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP oder sogar mehr abzusehen und sich mit ihren EU-Partner*innen und im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft für neue nukleare Rüstungskontrollabkommen und eine Eindämmung von Rüstungsexporten stark zu machen. Wir werden von der Überzeugung getragen, dass wir unsere Ziele nur in großer Solidarität erreichen. Rechtsextreme Positionen und Verschwörungsmythen haben bei uns keinen Platz. Wir werden uns nicht wegen der Hautfarbe, sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität, Religion oder Behinderung spalten lassen.*

Die Welt braucht Frieden! Wir stehen zusammen: für Solidarität, für Gerechtigkeit, für Freiheit und für Frieden – jetzt!



Die Veranstaltung, die seit 2007 an der Steinwache nun schon zum 17. Mal in Folge durchgeführt wurde, musste kurzfristig wegen Dauerregens in den großen Veranstaltungssaal der Auslandsgesellschaft verlegt werden. Etwa 120 Teilnehmer/innen waren gekommen, um erneut ein deutliches Zeichen gegen Kriege, Gewalt und Aufrüstung zu setzen.

Jutta Reiter erinnerte an die kürzlich verstorbenen Ernst Söder und an Ula Richter, die, jeder auf seine Weise, sich in den letzten Jahrzehnten gegen Militarismus und Faschismus engagiert haben.

Begrüßung und thematische Einführung durch Jutta Reiter, Vorsitzende des DGB Dortmund-Hellweg



Der OB ging insbesondere auf die Lage der etwa 7.000 ukrainischen Flüchtlinge ein, die Zuflucht in Dortmund gefunden haben.

Foto: Thomas Westphal, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Mitglied der internationalen Mayors of Peace sowie der Cities for a Nuclear Free Europe, bei seinem Grußwort

Der diesjährige Hauptredner war Knut Giesler, Vorsitzender der IG Metall NRW. Knut Giesler trat vehement für die Überzeugung ein, dass dauerhafter Frieden und eine stabile Friedensordnung nur möglich sind, wenn sich die Stärke des Rechts durchsetzt - und nicht das Recht des Stärkeren. Mit Waffen lasse sich kein Frieden schaffen.



Foto: Knut Giesler, IG Metall NRW

Beim diesjährigen Antikriegstag lenkten wir den Blick auch auf die Folgen des Krieges für die Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten und hier in Dortmund Zuflucht gefunden haben.

So hatten die „Falken“ und DGB-Jugend mit zwei aus ihrer Heimat geflüchteten jungen Männern Interviews geführt und konnten diese per Videoclips präsentieren. Die beiden jungen Männer berichteten über ihre Flucht und Beweggründe und schilderten ihre Situation nun in Dortmund, wo sie ihre neue Heimat gefunden haben. Ihre Wünsche sind Teilhabe durch Sprache, eine gute Wohnung zu haben, eine gute Ausbildung und soziale Bindungen aufzubauen.

Es ist auch schon Tradition der Mahn- und Gedenkveranstaltungen zum Antikriegstag, dass der Jugendring Dortmund die Gelegenheit hat, sich für die Jugendverbände zu positionieren.



Foto: Sophie Niehaus, Vorsitzende des Jugendrings, Dortmund

Paul Klammer von SLADO e.V., der sich für die Rechte von Schwulen-, Lesben-, Bisexuellen- und Transidenten in Dortmund einsetzt, hielt die letzte Rede, ein intensives Plädoyer für die Einhaltung der Menschenrechte für alle Menschen weltweit, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.



Foto: Die beiden Vertreter von SLADO e.V. vor der Kranzniederlegung im Innenhof der Steinwache

Seit vielen Jahren wird am Antikriegstag auch der verfolgten und ermordeten „queeren“ Menschen während der NS-Zeit gedacht.

Den musikalischen Rahmen gestaltete Eugenia Olevska - gebürtige Ukrainerin, seit über 20 Jahren in Deutschland – mit dem mandolinenähnlichen Instrument der Domra und Liedern aus ihrer früheren Heimat. Frau Olevska ist heute u.a. als Musiklehrerin an der Dortmunder Musikschule tätig.



Foto: Eugenia Olevska mit der „Domra“



Natürlich durfte der Panzer mit dem abgeknickten Rohr und dem blumigen Peace-Zeichen nicht fehlen.

Mit dem Frieden ist es wie mit der Freiheit: So wie Freiheit immer auch die Freiheit des anderen ist, so ist Frieden immer auch der Frieden des anderen.

*Franz Alt *1938*

Journalist und Buchautor

Georg Deventer